



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Halbzeitbericht Nordrhein-Westfalen-Programm 1975

Nordrhein-Westfalen / Landesregierung

Düsseldorf, 1973

Finanzierung

urn:nbn:de:hbz:466:1-11165

wird auf allen Ebenen abgestimmt. Nach Verabschiedung eines Bundesmeldegesetzes wird die Erstvergabe eines Personenkennzeichens zum Ende des Programmzeitraumes möglich sein.

Durch geeignete **Datenschutz-Regelungen** müssen Sicherungen gegen unzulässige Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger getroffen werden. Im Interesse der Rechtssicherheit und der Effektivität des Datenschutzes ist eine bundeseinheitliche Regelung anzustreben. Ein im Land erarbeiteter Referentenentwurf eines Landesdatenschutzgesetzes wurde daher zunächst zurückgestellt.

ADV-Einsatz in der Verwaltung setzt die Ausbildung von Fachkräften voraus. Das NWP 75 sieht daher die **Ausbildung** von rund 300 ADV-Fachkräften vor. Zum Ende des Programmzeitraumes werden diese Kräfte zur Verfügung stehen. Durch die 1972 geänderte Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst erhalten die Nachwuchsbeamten schon in der Ausbildung die Möglichkeit einer Grundausbildung in ADV.

9.5 ADV

Wichtigste Maßnahmen:

ADV-Organisationsgesetz beim Landtag eingebracht;

Vergabe des Personenkennzeichens konzipiert;

Strukturdatenbank ausgebaut;

120 ADV-Fachleute ausgebildet;

Entwicklung des Datenübermittlungsnetzes.

Landesmittel

NWP 75	273 Mio. DM
Programmergebnis nach dem Stand der Finanzplanung 1973	142 Mio. DM

10. FINANZIERUNG

Eine gesicherte Finanzierung ist die Grundlage für die Realisierbarkeit eines Regierungsprogramms. Deshalb wurde die Finanzierung des NWP 75 von vornherein ebenso vorsichtig wie realistisch so angelegt, daß

○ die Finanzmittel für die Durchführung aller Programmaßnahmen ausreichen,

○ genügend Spielraum blieb, den Finanzbedarf der wirtschaftlichen Entwicklung und der Weiterentwicklung des Programms anzupassen,

○ die solide Haushaltspolitik des Landes eingehalten wurde.

Die Verwirklichung des Programms steht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der gesamtstaatlichen Konjunktur- und Stabilitätspolitik.

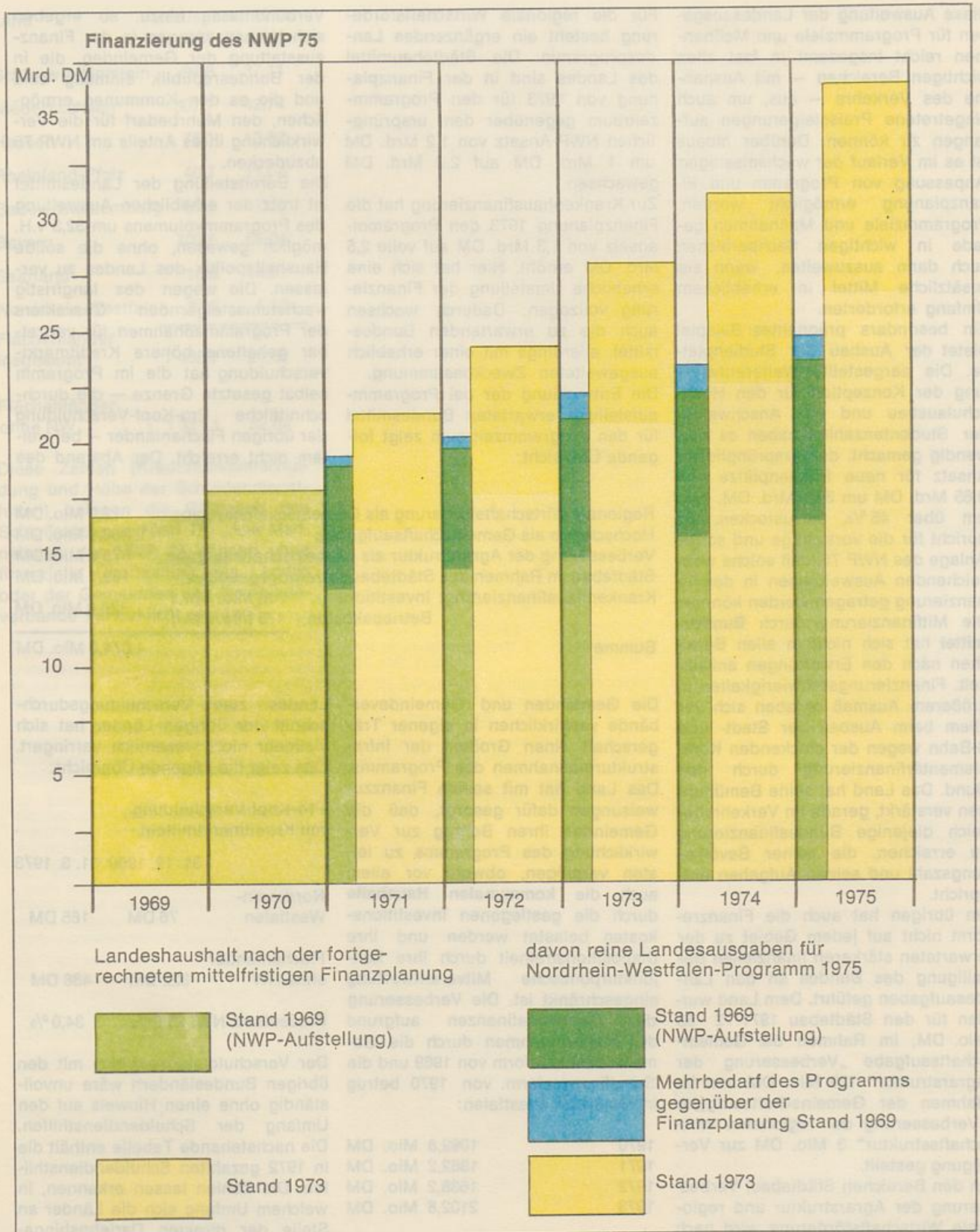
Die finanzielle Grundlage des NWP 75 ist gesichert. Kein wesentlicher Programmpunkt mußte aus Mangel an **Landesmitteln** zurückgestellt werden. Von den 84 Kostenansätzen sind alle bis auf 2 mit einem Mittelansatz in der mittelfristigen Finanzplanung versehen. Gegenüber dem ursprünglichen Mittelansatz des NWP 75 von 31,1 Mrd. DM konnten die Mittel für Programmaßnahmen in der Finanzplanung von 1973 auf 41,15 Mrd. DM, d. h. um rd. 10 Mrd. DM oder 32,3 % gesteigert werden.

Damit ist der Leitsatz bestätigt, mit dem das Finanzkapitel des Programms beginnt: „Das NWP 75 respektiert mit seinem finanziellen Gesamtumfang die Leistungsfähigkeit des Landes.“

Die folgende Übersicht zeigt, wie sich die Ergebnisse der Finanzplanung 1973 auf die Sachkapitel des Programms verteilen:

Kapitel des Programms:

3 Arbeit und Wirtschaft	2 730,4 Mio. DM
4 Bildung und Forschung	16 828,5 Mio. DM
5 Planung, Bau und Verkehr	14 662,2 Mio. DM
6 Freizeit und Kultur	681,7 Mio. DM
7 Gesundheit und Soziales	3 826,7 Mio. DM
8 Wasser, Abfall, Luft und Lärm	1 601,1 Mio. DM
9 Regierung und Verwaltung	518,6 Mio. DM



Diese Ausweitung der Landesausgaben für Programmziele und Maßnahmen reicht insgesamt in fast allen wichtigen Bereichen – mit Ausnahme des Verkehrs – aus, um auch eingetretene Preissteigerungen aufzufangen zu können. Darüber hinaus ist es im Verlauf der wechselseitigen Anpassung von Programm und Finanzplanung ermöglicht worden, Programmziele und Maßnahmen gerade in wichtigen Sachbereichen auch dann auszuweiten, wenn sie zusätzliche Mittel in erheblichem Umfang erforderten.

Ein besonders prägnantes Beispiel bietet der Ausbau der Studienplätze. Die dargestellte Weiterentwicklung der Konzeption für den Hochschulausbau und das Anschwellen der Studentenzahlen haben es notwendig gemacht, den ursprünglichen Ansatz für neue Studienplätze von 8,65 Mrd. DM um 3,97 Mrd. DM, d. h. um über 45 %, aufzustocken. Es spricht für die vorsichtige und solide Anlage des NWP 75, daß solche weitreichenden Ausweitungen in der Finanzierung getragen werden können. Die Mitfinanzierung durch **Bundesmittel** hat sich nicht in allen Bereichen nach den Erwartungen entwickelt. Finanzierungsschwierigkeiten in größerem Ausmaß ergaben sich vor allem beim Ausbau der Stadt- und S-Bahn wegen der stockenden Komplementärfinanzierung durch den Bund. Das Land hat seine Bemühungen verstärkt, gerade im Verkehrsbe- reich diejenige Bundesfinanzierung zu erreichen, die seiner Bevölkerungszahl und seinen Aufgaben entspricht.

Im übrigen hat auch die Finanzreform nicht auf jedem Gebiet zu der erwarteten stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes an den Landesaufgaben geführt. Dem Land wurden für den Städtebau 1971/72 53 Mio. DM, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur“ 139 Mio. DM und im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ 3 Mio. DM zur Verfügung gestellt.

In den Bereichen Städtebau, Verbesserung der Agrarstruktur und regionale Wirtschaftsförderung wird nach den bisherigen Erfahrungen der Bundesbeitrag auch künftig hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Für die regionale Wirtschaftsförderung besteht ein ergänzendes Landesprogramm. Die Städtebaumittel des Landes sind in der Finanzplanung von 1973 für den Programmzeitraum gegenüber dem ursprünglichen NWP-Ansatz von 1,2 Mrd. DM um 1 Mrd. DM auf 2,2 Mrd. DM gewachsen.

Zur Krankenhausfinanzierung hat die Finanzplanung 1973 den Programmansatz von 1,3 Mrd. DM auf volle 2,5 Mrd. DM erhöht. Hier hat sich eine erhebliche Umstellung der Finanzierung vollzogen. Dadurch wachsen auch die zu erwartenden Bundesmittel, allerdings mit einer erheblich ausgeweiteten Zweckbestimmung. Die Entwicklung der bei Programmaufstellung erwarteten Bundesmittel für den Programmzeitraum zeigt folgende Übersicht:

Regionale Wirtschaftsförderung als Gemeinschaftsaufgabe	12,0 Mio. DM
Hochschulen als Gemeinschaftsaufgabe	2 366,6 Mio. DM
Verbesserung der Agrarstruktur als Gemeinschaftsaufgabe	675,3 Mio. DM
Städtebau im Rahmen des Städtebauförderungsgesetzes	192,1 Mio. DM
Krankenhausfinanzierung: Investitionen	353 Mio. DM
Betriebskosten	475 Mio. DM
Summe	4 074,0 Mio. DM

Die Gemeinden und Gemeindeverbände verwirklichen in eigener Trägerschaft einen Großteil der Infrastrukturmaßnahmen des Programms. Das Land hat mit seinen Finanzzuweisungen dafür gesorgt, daß die Gemeinden ihren Beitrag zur Verwirklichung des Programms zu leisten vermögen, obwohl vor allem auch die **kommunalen Haushalte** durch die gestiegenen Investitionskosten belastet werden und ihre Dispositionsfreiheit durch ihre konjunkturpolitische Mitverantwortung eingeschränkt ist. Die Verbesserung der Gemeindefinanzen aufgrund der Mehreinnahmen durch die Gemeindefinanzreform von 1969 und die Schulfinanzreform von 1970 betrug in Nordrhein-Westfalen:

1970	1092,8 Mio. DM
1971	1362,2 Mio. DM
1972	1638,2 Mio. DM
1973	2102,8 Mio. DM

Rechnet man die Erhöhung des kommunalen Steuerverbundes durch Erhöhung des Verbundsatzes und der

Verbundmasse hinzu, so ergeben sich Verbesserungen in der Finanzausstattung der Gemeinden, die in der Bundesrepublik einmalig sind und die es den Kommunen ermöglichen, den Mehrbedarf für die Verwirklichung ihres Anteils am NWP 75 abzudecken.

Die Bereitstellung der Landesmittel ist trotz der erheblichen Ausweitung des Programmvolumens um 32,3 v.H. möglich gewesen, ohne die solide Haushaltspolitik des Landes zu verlassen. Die wegen des langfristig wachstumssteigernden Charakters der Programmaßnahmen für vertretbar gehaltene höhere Kreditmarktverschuldung hat die im Programm selbst gesetzte Grenze – die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung der übrigen Flächenländer – bei weitem nicht erreicht. Der Abstand des

Landes zum Verschuldungsdurchschnitt der übrigen Länder hat sich vielmehr nicht wesentlich verringert. Das zeigt die folgende Übersicht:

Pro-Kopf-Verschuldung mit Kreditmarktmitteln		31. 12. 1969	31. 3. 1973
Nordrhein-Westfalen	76 DM		165 DM
Flächenländer ohne NW	322 DM		486 DM
Prozentsatz NW	23,5 %		34,0 %

Der Verschuldungsvergleich mit den übrigen Bundesländern wäre unvollständig ohne einen Hinweis auf den Umfang der Schuldendiensthilfen. Die nachstehende Tabelle enthält die in 1972 gezahlten Schuldendiensthilfen. Die Zahlen lassen erkennen, in welchem Umfang sich die Länder an Stelle der direkten Darlehnshingaben für die Gewährung von Zins- und Tilgungszuschüssen entschieden haben.

Land	Istausgabe 1972	
	Mio. DM	DM/Einw.
Schleswig-Holstein	94,8	37,11
Niedersachsen	307,7	42,74
Hessen	75,1	13,62
Rheinland-Pfalz	40,7	11,04
Baden-Württemberg	66,6	7,30
Bayern	709,6	66,08
Saarland	16,6	14,81
Nordrhein-Westfalen	97,6	5,69
Flächenländer insgesamt	1 408,7	24,68
Flächenländer ohne NW	1 311,1	32,84

Diese Zahlen (Kreditmarktverschuldung und Höhe der Schuldendiensthilfen) belegen die Gültigkeit des Schlußsatzes im NWP 75: „Alle Maßnahmen des NWP 75 können ohne finanzielle Überlastung des Landes oder der Gemeinden und Gemeindeverbände verwirklicht werden“.